Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 633. **Sonntag** den 13. December 1896. **90. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Wenn, wie kaum mehr zu zweifeln, der dieser Tage bekannt gewordene Wortlaut eines russisch-chinesischen Vertrages authentisch ist, so hat das sonst stetig aber langsam seine Macht verschiebende Zarenreich diesmal einen Riesensprung gemacht. Es wurde der Herr in Mittelasien und pflückt so die Früchte des chinesisch-japanischen Krieges, der ihm keinen Tropfen Blut gekostet hat. Man erinnert sich, daß zu den Mächten, die zwischen Japan und dem zu Boden geschlagenen China intervenirten, auch Deutschland gehört hat. Aber uns ist eben auch nur die Erinnerung geblieben. Freilich während Deutschland, nur leer ausgeht, sieht sich England als asiatische Macht durch den Vertrag ins Herz getroffen, zumal da Rußland gleichzeitig auf dem Wege nach Indien Fuß gefaßt hat. Auf dem Besitz der Kaiserin von Indien aber beruht die Größe der Königin von Großbritannien, und England würde als Weltmacht abdanken, wenn es den Vertrag, wenigstens soweit er die Festsetzung Rußlands in chinesischen Häfen betrifft, in Kraft treten ließe. Der britische Löwe, wenn er nicht allmählich einer Metamorphose unterlegen ist, wird zu zeigen haben, daß er mehr kann, als Colonialnachbarn auf kleinliche Art chikaniren. Deutschlands Interesse an ostasiatischen Verschiebungen ist ein wirthschaftliches, aber da die Wahrnehmung überseeischer Handelsinteressen eine ausreichende Rüstung zur See zur Voraussetzung hat, so ist das Mindeste, wozu die geplante Machterweiterung Rußlands uns drängen sollte, der Entschluß, unsere Kriegsflotte in einen der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Stand zu setzen.

Ist dieser Ausblick auf eine Partie der auswärtigen Politik für ein deutsches Auge nicht gerade beseligend, so zeigten die inneren Vorgänge der verflossenen Woche ein noch weit unfreundlicheres Gesicht. Allerdings, wenn man einer gewissen Presse Glauben schenken dürfte, so würde Deutschland durch die Entlarvung Tausch's einer großen Zukunft entgegengeführt, denn was uns in den letzten Jahren gehindert hat, den Himmel auf Erden zu haben, das war dieser Criminalcommissar. Derartiges ist wirklich zu lesen. Der Beruhigungs-Bazillus, den der unvergleichliche Graf Caprivi zwar nicht entdeckt, aber geahnt hat, ist von v. Tausch gezüchtet und dem Lande eingeimpft worden, der im Finstern schleichende kleine Schuft ist der Vater alles Uebels. Diese „Feststellungen" geschehen natürlich von dem Parteistandpuncte aus. Wenn zum Beispiel der Umschwung in der Polenpolitik nicht recht ist, der präsentirt Tausch als den Mann, der die loyalen Polen beim Kaiser angeschwärzt hat. Das ist thatsächlich unter Berufung auf ein Thorner Blatt in „großen" Zeitungen geschehen, wir haben die Leser nur nicht mit der Ungeheuerlichkeit behelligen wollen. Tausch war überall, und wir würden diese Methode des Verwirrens nicht parodiren, sondern sklavisch nachahmen, wenn wir gemäß unserer Beurtheilung der neuesten Geschichte zu der Behauptung gelangten, der Untergebene des Grafen Stillfried sei an der Dahingabe von Zanzibar, dem Steckbrief gegen den nach Wien reisenden Fürsten Bismarck und der Einführung der vierten Bataillone schuld.

Dieses Treiben erscheint nicht nur wegen seiner irreführenden Wirkung, sondern namentlich auch deshalb schändlich, weil es weiter nichts als die scandalöse Ausbeutung eines Scandals ist. Man weiß nicht genug von seiner Genugthuung über das „reinigende Gewitter" des Processes Tausch-Lützow zu erzählen, und ist in Wahrheit unablässig bemüht, den in der politischen und socialen Luft vorhandenen Stickstoff zu mehren. Mit anderen Worten: der traurige Proceß ist der Sensationspresse auch nichts weiter als ein journalistischer Handelsartikel, womit nicht gesagt werden soll, daß sie keine politischen „Hintermänner" habe. Die Socialdemokratie münzt selbstverständlich die bloßgelegten Polizeischäden „zielbewußt" aus. Sie hält auch an der „Versicherung" fest, Tausch sei ein Werkzeug hochgestellter Politiker gewesen. Sein Versprechen, die ihm bekannten „Drei" zu nennen, hat aber Bebel noch nicht eingelöst. Der „Vorwärts" bezeichnet keine Person aus eigener Wissenschaft, aber er „legt" mit einer Verleumdungskunst, an der sich die Lützow und Tausch sehr wohl gebildet haben können, „dar", Fürst Bismarck, Graf Waldersee und Graf Eulenburg müßten hinter Tausch gestanden haben.

Damit braucht man sich nicht abzugeben. Wir können feststellen, daß in ernsten politischen Kreisen der Glaube an „Hintermänner" fast vollständig geschwunden ist, daß sich dort aber mehr und mehr das Bedauern darüber vertieft, daß man von der Möglichkeit, dem Tausch viel früher und auf dem ordentlichen Wege das Handwerk zu legen, kein Gebrauch gemacht worden ist. Der „Reichsanzeiger" theilt mit, daß der Kaiser „bereits" vor zwei Monaten den Befehl zur strengen Untersuchung eines Bubenstreichs — Lützow's — gegeben habe. Man weiß aber, daß das Auswärtige Amt schon vor vier Jahren den dringenden Verdacht hegte, der gemeingefährliche Schuft Normann stehe im Solde der politischen Polizei. Nun wird behauptet, der damalige Polizeiminister Graf Botho Eulenburg habe gegenüber den auf Aufhellung und Säuberung gerichteten Bemühungen des Reichskanzlers versagt. Wenn diese für die Oeffentlichkeit uncontrollirbare Angabe richtig ist, warum hat man vor Jahren nicht gehandelt wie jetzt und die Sache zum Gegenstande einer Berathung des Kronrathes gemacht? Hätte man auch damals die Nothwendigkeit, „in die Oeffentlichkeit zu flüchten", erkannt, so wären der Regierung und dem Lande doch weitere vier Jahre Tausch erspart geblieben, wahrscheinlich aber waren zu jener Zeit die Dinge noch nicht so weit gediehen, um das extreme Mittel eines gerichtlichen Verfahrens als das allein zweckdienliche erscheinen zu lassen. Der eingeschlagene Weg hat sein Gutes gehabt, gewiß. Bei einer administrativen Beseitigung des Herrn v. Tausch konnten seine Acten ihre amtliche Bedeutung behalten und die darin der Ehrlosigkeit preisgegebenen Personen auch dem Nachfolger mindestens verdächtig bleiben. Jetzt sind bereits zwei in gefälschten Briefen und Quittungen mit dem Charakter von Polizeiagenten gebrandmarkte Journalisten als Opfer der Ruchlosigkeit des Tausch und seines Werkzeuges Lützow erkannt und gereinigt; Aufklärungen ähnlicher Art wird ohne Zweifel auch der bevorstehende Meineidsproceß bringen. Aber der gewissenhaften und gründlichen Revision der Acten hätte auch bei einem im Wege des Disciplinarverfahrens herbeigeführten sensationsfreien Personenwechsel nichts im Wege gestanden und im übrigen ein solches Vorgehen keine der Autorität der Staatsorgane im Allgemeinen abträgliche Wirkung gehabt. Aus dem „Reichsanzeiger" geht nicht hervor, ob dem Kaiser im Kronrath außer dem nicht beamteten Agenten Lützow auch der königliche Beamte v. Tausch als eine der Treiberei verdächtige Person genannt worden ist. Für die Beurtheilung des gewählten Verfahrens wäre die Kenntniß dieses Umstandes sehr wichtig.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 12. December. Der im Abgeordnetenhause von den beiden dänischen Abgeordneten Lassen und Johannsen wieder eingebrachte Antrag, die Staatsregierung solle in den Volksschulen von Nordschleswig mit dänischem Religionsunterricht wöchentlich wenigstens zwei Stunden Unterricht in dänischer Sprache ertheilen lassen, wird, wie wir hören, Mitte der nächsten Woche zur Berathung kommen. Da außer den beiden obengenannten Herren nur polnische Abgeordnete den Antrag unterschrieben haben, herrscht über die Absichten der Antragsteller kein Zweifel. Somit hat sich mit Recht im Lande der Wunsch geregt, dieser Herausforderung gegenüber das rechte Wort zu finden. Als in der verflossenen Session am 14. April d. J. derselbe Antrag zur Verhandlung kam, wiesen die Abg. Bachmann und Jürgensen nach, daß bei der günstigen Entwickelung des Volksschulwesens in Nordschleswig unter den obwaltenden Verhältnissen der Antrag einfach eine nationale Herausforderung war. Seit dieser Zeit hat sich nichts geändert, weder an den consistenten Motiven, aus denen Herr Johannsen seine deutschfeindliche Politik betreibt, noch an dem Verhalten der dänischen Agitation in Nordschleswig, noch dem der vortigen deutschfeindlichen Presse. Somit wird auch diesmal dafür gesorgt werden, daß die Abweisung des Vorstoßes gründlich geschieht. Voraussichtlich wird das Abgeordnetenhaus den Antrag durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung abthun und durch dieses summarische Verfahren bekunden, wie sehr die Regierung bei der festen Wahrung der deutschen Interessen in allen Grenzmarken die volle Zustimmung der Landesvertretung auf ihrer Seite hat.

∞ **Berlin**, 12. December. Der glückliche Gedanke, das Interesse für den ostasiatischen Markt und die Kenntniß der dortigen Bedürfnisse in den deutschen Handels- und Gewerbekreisen durch eine gewerblich-commerzielle Expedition nach Ostasien zu befruchten, ist um ein erhebliches Stück auf seiner Bahn wieder vorwärts gebracht worden. Gestern Vormittag fand im Reichsamt des Innern eine Conferenz der Vertreter derjenigen Handelskammern und wirthschaftlichen Vereine und einzelnen Vertreter der Industrie statt, welche sich mit Beiträgen an den Kosten der gedachten Ostasiatischen Expedition betheiligen werden. Ferner nahmen an den Besprechungen Theil Vertreter derjenigen Behörden, die ebenfalls in der Lage gewesen sind, ihr Interesse an der Durchführung jenes Planes durch materielle Förderung zu betheiligen, so des Reichsamts des Innern, des Handelsministeriums und der sächsischen Regierung, schließlich diejenigen Herren, die bereits für die Theilnahme an der Expedition designirt sind. Der Zweck der Versammlung war, allen Betheiligten nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Meinungen über Zweck und Ziele der Expedition und die Mittel, diese zu erreichen, eingehender zu äußern. Dem Vernehmen nach ist dieser Zweck vollständig erreicht worden, und wir begleiten das Unternehmen daher mit den besten Wünschen. Es ist dies das erste Mal, daß auf diesem Gebiete das Laienelement in so hervorragender Weise zu allgemeinen handels- und wirthschaftspolitischen Unternehmungen unter Beihilfe von Reichs- und Staatsmitteln betraut wird.

* **Berlin**, 12. December. Theodor von Wächter, der ehemalige württembergische Predigtamtscandidat, welcher sich später der Socialdemokratie anschloß, auch für diese für den Reichstag candidirte, soll, wie gemeldet wurde, in Zürich wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet und nach der Irrenanstalt Burghölzli gebracht worden sein. Demgegenüber schreibt die „Post", daß Wächter bereits seit vier Wochen in der genannten Irrenanstalt behufs Beobachtung seines Geisteszustandes sich befindet. Seit Ende Mai d. J. befand er sich in einem Zustande, der schließlich seine Nerven gänzlich zerrütten mußte. Nachdem von Wächter aus der socialdemokratischen Partei hinausgedrängt worden war, gründete er sein „Sonntagsblatt für freien Geistesaustausch". Das Blatt hatte zwar viele Leser, aber nur wenige Zahler; von Wächter hat dabei 7000 Mark baar zugesetzt. In Berlin wohnte er, nachdem er seine bekannten Schrippenversammlungen abgehalten, in einem Hause der Brunnenstraße auf dem Hof vier Treppen in Schlafstelle. Dann mietete er ein bescheidenes Stübchen Mulackstraße 38. Tagtäglich wurde v. Wächter von allerhand Leuten, die sich hilfesuchend an ihn wandten, bestürmt, sehr häufig von Personen, welche das abgepreßte Geld dann in der nächsten Kneipe in Schnaps umsetzten. Dabei ließ sich v. Wächter trotz aller Abmahnungen immer wieder bethören; manchmal gab er seine letzten Groschen hin, so daß er dann selber hungrig zu Bette ging. Anfang Juni d. J. verließ v. Wächter Berlin und ging zu einem Vetter, dem Pfarrer Wächter, nach Bockenheim, wo er sich angeblich vom Spiritismus, dem er sich in Berlin zugewandt hatte, bekehrt. Von Bockenheim ging er wieder nach der Schweiz, verfiel dort in eine Nervenkrankheit und kehrte leidend zu seinem Vater, dem Versicherungs-Director Dr. jur. O. v. Wächter, nachdem dieser sich mit seinem kranken Sohne vollständig ausgesöhnt hatte, nach Stuttgart zurück. In dem dortigen Hospital weilte er zwei Monate. Als er sich wieder gesund fühlte, ging v. Wächter nach Zürich zurück, wo er, obwohl selbst hilfsbedürftig, sich wieder in den Dienst der Armen stellte. Sein maßloser Idealismus, seine unstäte Lebensweise, Noth und Widerwärtigkeiten aller Art, wozu noch die oft unberechtigten Angriffe seiner früheren „Genossen" gehörten, haben zerstörend auf seinen Geist eingewirkt. In den Kreisen, die ihn brandschatzten, wurde v. Wächter spöttisch „der neue Messias" genannt."

* **Berlin**, 12. December. Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands hat soeben an die Gewerkschaftscartelle Instructionen erlassen, welche sich auf die Controle der staatlichen Gewerbeinspectoren durch socialdemokratische Commissionen beziehen. Die Generalcommission führt aus:

„Es ist den Arbeitern heute unmöglich gemacht, bei den von den staatlichen Beamten unternommenen Revisionen ihre Beschwerden anzubringen. Auch zu den Sprechstunden der Gewerbe-Inspectoren konnten und wollten die Arbeiter nicht gehen. Deshalb sei es nöthig, daß statt des directen Verkehrs der Arbeiter mit den Aufsichtsbeamten ein indirecter durch Vermittelung der socialistischen Organisation eingerichtet werde. Die örtlichen Gewerkschaftscartelle seien vortrefflich dazu geeignet, das Bindeglied zwischen dem Beamten und dem Arbeiter herzustellen. Ohne Gewerkschaftsorganisation sei keine ausreichende Gewerbeinspection zu erwarten. Die Gewerkschaftscartelle müßten es sich deshalb zur Aufgabe machen, ihre Leitung zu beauftragen, Beschwerden für den Gewerbeinspector entgegenzunehmen oder besondere Commissionen für diesen Zweck einsetzen. Wo ein Gewerkschaftscartell noch nicht vorhanden sei, solle ein solches gebildet werden, aber es müßten die am Orte domicilirenden Gewerkschaften eine freie Commission mit diesen Aufgaben betrauen."

Um es allen Gewerkschaftscartellen und Beschwerdecommissionen möglich zu machen, die oben charakterisirte „Verbindung" mit dem Gewerbeinspector einzuleiten, versendet die Generalcommission ein Verzeichniß sämmtlicher Gewerbeinspectoren an die Cartelle mit der Maßgabe, ungesäumt in Verkehr mit den Beamten zu treten. — Zutreffend bemerkt hierzu die „Nat.-Ztg.": „Wie sehr den socialistischen Führern der Kamm geschwollen ist, geht daraus hervor, daß sie es für selbstverständlich halten, wenn ein staatlich besoldeter Beamter durch ein Eingehen auf die Wünsche der ausnahmslos unter socialistischem Einfluß stehenden Gewerkschaftscartelle die Ziele der revolutionairen Socialdemokratie fördert. Man darf hoffen, daß diese socialistischen Anmaßungen und die Uebergriffe in die Rechte der Gewerbeinspectoren von diesen entschieden zurückgewiesen werden."

Y. **Berlin**, 12. December. (Telegramm.) Der Kaiser hörte heute Vormittag von 9¼ Uhr ab den Vortrag des Chefs des Generalstabes Generals Grafen von Schlieffen und arbeitete anschließend daran längere Zeit mit dem stellvertretenden Chef des Militaircabinets Obersten v. Valaume.

Y. **Berlin**, 12. December. (Telegramm.) Zu der heute Abend beim Kaiserpaar im Neuen Palais stattfindenden musikalischen Unterhaltung sind auch die Präsidenten des Reichstags und beider Häuser des Landtages geladen.

⊙ **Berlin**, 12. December. (Telegramm.) Der Kaiser stattete heute Vormittag dem russischen Botschafter einen Besuch ab.

⊙ **Berlin**, 12. December. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." kann die Nachricht, daß gegen die „Deutsche Tages-Zeitung" das Verfahren wegen Beleidigung des Staatssecretairs von Marschall eröffnet sei, mit dem Hinzufügen bestätigen, daß es sich um einen Artikel der Morgenausgabe vom 6. November handelt und daß der Strafantrag vor dem Proceße Leckert-Lützow gestellt war.

⊙ **Berlin**, 12. December. (Telegramm.) Die Privatbeleidigungsklage Dr. Lange's gegen den früheren Reichscommissar Dr. Peters wurde auf den Antrag des Vertheidigers Peters' mit Zustimmung des Klägers auf den 9. Januar vertagt. Dr. Peters befindet sich gegenwärtig in England, legt jedoch besonderen Werth darauf, den Verhandlungen beizuwohnen. (Die Meldung der „Post", Dr. Peters sei in Berlin eingetroffen, beruht demnach auf einem Irrthum. Red. d. „L. T.")

§§ **Berlin**, 12. December. (Privattelegramm.) Der Vorstand des Reichstags war heute zusammengetreten, um sich über den Bau eines Präsidialgebäudes (Wohnungen für den Präsidenten und für den Director) schlüssig zu machen. Man einigte sich dahin, daß das Gebäude auf dem fiscalischen Terrain neben dem ehemals gräfl. Pourtalès'schen Palais, nördlich gegenüber dem Reichstagsgebäude, errichtet werden soll. Es soll in den Etat bereits als erste Rate ein Betrag für Ausschachtung und Zeichnung eingesetzt werden. Man hofft, das Gebäude mit einer Summe errichten zu können, deren Zinsen den Miethspreis der bisherigen Präsidialwohnung — 20 000 ℳ — nicht übersteigt.

B. **Berlin**, 12. December. (Privattelegramm.) Die Verhandlungen mit den russischen Delegirten über die neuerdings entstandenen Zollschwierigkeiten zwischen Deutschland und Rußland sind laut der „Nat.-Ztg." noch nicht beendet, wie in einzelnen Blättern behauptet wird, sondern der Abschluß wird erst in der nächsten Woche erwartet.

B. **Berlin**, 12. December. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." berichtet: Zum Proceß Leckert-Lützow nahmen die Berliner Anarchisten in einer gestern abgehaltenen Volksversammlung Stellung. Buchbinder Dempwolf sprach über die politische Polizei vor Gericht. Seine Rede war im Großen und Ganzen ein öder Geschimpfe, er erklärte, daß der Polizeicommissar Bösel einen bekannten Anarchisten als Spitzel anzuwerben gesucht habe. Redacteur Landauer bemerkte, der Proceß hätte ihn mit der größten Schadenfreude erfüllt. Die Macht der politischen Polizei sei bereits so groß, daß die Gerichte kaum mehr als ihre ausführenden Organe seien. Trotzdem hätten England und Frankreich keine Ursache, sich über das deutsche Spitzelthum zu entrüsten, sie machten es um keinen Deut besser. Wozu sich den Kopf um die Hintermänner zerbrechen, wenn das System noch fortbestehe. Die Polizei werde sich von ihrer Schlappe bald erholen; wie sehr sie auf dem Posten sei, beweise der recht lebendige Schatten, den sie in die Versammlung werfe. Die Versammlung ging ohne Zwischenfall zu Ende. Ein starkes Aufgebot von Criminalbeamten, unter persönlicher Leitung des Criminalcommissars Bösel, befand sich vor dem Locale.

— Dem „Hamb. Corr." wird von hier gemeldet: „In parlamentarischen Kreisen gilt es als feststehend, daß die Justiznovelle bei der dritten Lesung zurückgezogen wird, falls, wie zu erwarten, der Reichstag an dem Beschluß der zweiten Berathung, wonach die Strafkammern auch in erster Instanz mit fünf Richtern besetzt bleiben sollen, festhält."

W. **Posen**, 12. December. (Privattelegramm.) Die Ansiedlungscommission kaufte das Rittergut Trzemschal, Kreis Meseritz, das 2000 Morgen groß ist, für 400 000 Mark.

* **Mulsum** b. Bremervörde, 11. December. Der Pastor Dreyer in Selsingen ist, wie wir meldeten, des Amtes enthoben worden, weil er bei einer Krankencommunion in einem etwas abgelegenen Dorfe der Parochie Selsingen anstatt des Weines, den er mitzunehmen vergessen hatte, mit Wasser verdünnten Rum genommen hatte. Aus fast allen Dörfern der Parochie Selsingen sind, dem „St. Tgbl." zufolge, Petitionen an das Consistorium zu Stade des Inhalts abgesandt worden, ihnen ihren Seelsorger zu lassen. Auch der Familie des Pastors Dreyer sind zahlreiche Briefe der Theilnahme zugegangen. Der Kranke selbst hat keinen Anstoß an der Art und Weise der Austheilung des Abendmahls genommen. Die Hauptverhandlung gegen Pastor Dreyer findet am 16. December d. J. vor dem Consistorium zu Stade und zwei Mitgliedern der Hannoverschen Landessynode statt. Pastor Dreyer ist dieses Vorfalles wegen auch seines Amtes als königlicher Schulinspector enthoben worden.

8. **Greiz**, 12. December. (Privattelegramm.) Als Landtagsabgeordnete für den städtischen Wahlbezirk wurden heute mit größter Majorität Fabrikant Heinrich Albert und Oskar Otto, als Stellvertreter Schenker und Schubert gewählt.

* **Karlsruhe**, 11. December. Mit einigem Erstaunen hört man, daß die sonderbaren Beschwerden in der ultramontanen Presse gegen die Aufführung des Wildenbruch'schen Stückes „König Heinrich" den Erfolg gehabt haben, daß das Stück nun wieder zurückgelegt wurde, nachdem es drei Abonnements-Abtheilungen durchgemacht hat. — Der bundesrathliche Entwurf einer Verordnung über die Anstellung von Militairanwärtern im Gemeindedienst wird auch den im nächsten Jahre hier zusammentretenden badischen Städtetag beschäftigen. Der hiesige Stadtrath hat eine an das Ministerium des Innern zu richtende Denkschrift ausgearbeitet, in der entschieden Stellung gegen den Entwurf genommen wird, da er nicht nur in die Selbstverwaltung der Städte eingreife, sondern auch geeignet sei, den Gemeindedienst zu verschlechtern und zu vertheuern und Conflicte zwischen den städtischen und staatlichen Behörden herbeizuführen. — Laut dem Hofbericht der „Karlsr. Ztg." trifft die Kronprinzessin von Schweden am 13. d. M. auf Schloß Baden zum Besuche ihrer Eltern ein.

* **Schwäbisch-Gmünd**, 11. December. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl erhielt Rector Klaus (Centr.) 2227, Pfarrer Schwarz (ebenfalls Centrum) 1928 und Schriftsteller Blos (Soc.) 892 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen den beiden Centrumscandidaten erforderlich.

W. **Stuttgart**, 11. December. Ueber den vielgenannten Criminalcommissar v. Tausch wird dem hiesigen „Neuen Tagblatt" aus Ulm geschrieben: „v. Tausch ist in Neu-Ulm, wo er Premierlieutenant beim 12. bayerischen Infanterieregiment war, noch wohl bekannt; auch hier in Ulm hat er verschiedene Andenken hinterlassen. Einem Juwelier schuldet er noch zwei werthvolle Brillantringe. Als der Geschäftsmann vor einigen Jahren Herrn v. Tausch, der in Berlin ein beträchtliches Einkommen hatte, mahnte, lehnte der Schuldner unter Berufung auf die Verjährung die Bezahlung ab. Mit der in Berliner Blättern zu lesenden Nachricht, Herr v. Tausch habe in letzter Zeit alle seine Schulden bezahlt, steht es also „windig".

* **Aus Bayern**, 10. December, schreibt man der „Frankf. Ztg.": Der Fall Tausch hat hier Erinnerungen an alte Geschichten wachgerufen, deren Held ein Oheim des Criminalcommissars war. Dieser Onkel, der 1866 Oberst des 3. Chevauxlegers-Regiments war und 1870 den Krieg als Commandeur der Kürassierbrigade mitmachte, war wegen mysteriöser Attentate, die angeblich auf ihn verübt wurden, wiederholt in Aller Munde. Das erste dieser Attentate ereignete sich 1866 kurz vor Ausbruch des Krieges im Lager von Schweinfurt, wo damals die bayerische Armee zusammengezogen war. Die „Allg. Ztg." vom 17. Juni 1866 berichtete darüber:

„Am 13. Juni gegen 9 Uhr Abends wurde Oberst von Tausch, Commandeur des 6. Chevauxlegers-Regiments, drei Männer außerhalb Gelbersheim gewahr, die sich über militairische Verhältnisse besprachen. Einer sagte, der S.....d hat, wie es scheint, uns belauscht. Der Oberst folgte einem dieser Männer, die sich vorher getrennt haben. Der Mann drehte sich um und fragte: „Was wollen Sie?" „Von Ihnen nichts." „Für was halten Sie mich?" „Für einen französischen (!) Spion!" Jener zog aus dem Rock einen sogenannten Todtschläger und führte einen Streich nach dem Kopfe des Obersten. Dieser konnte den Streich mit dem Säbel noch parriren, erhielt aber mit dem Instrument sofort einen so kräftigen Schlag auf die Brust, daß Bluterguß aus dem Munde erfolgt. Die am Orte des Vorganges zurückgelassenen und bald aufgefundenen Werkzeuge sind dem Untersuchungsrichter übergeben worden. Tausch ist nicht in Lebensgefahr."

In späteren Berichten wird der Attentäter, von dem man nichts mehr gehört hat, als „norddeutscher" und „preußischer" Spion bezeichnet. Man war vielfach der Ansicht, das Attentat sei fingirt worden, Tausch habe sich vor dem Kriege gefürchtet. Die Sache war fast vergessen, als Tausch an der Spitze einer Brigade 1870 in den Krieg zog, aber man erinnerte sich ihrer bei der Kunde eines neuen Attentats, das in Frankreich auf den General von Tausch verübt sein sollte. Auch dieser Vorfall blieb ein Räthsel, desgleichen ein drittes Attentat in München nach dem Kriege. Gegen das Gerede, das sich an diese Vorgänge